

Stadtrat Kunz zu umstrittenem Asylheim in Rapperswil-Jona: «Liegenschaft perfekt geeignet»

Stadtrat Joe Kunz erklärt im Interview, wieso es sinnvoller sei, das Pflegezentrum Meienberg in Rapperswil-Jona als Asylheim zu nutzen – statt günstigen Wohnraum zu schaffen.

Pascal Büsser 20.11.25 - 16:00 Uhr **Linth**



Verteidigt Vorgehen: Stadtrat Joe Kunz erklärt, wieso er aus dem Pflegezentrum Meienberg ein Wohn- und Integrationszentrum machen will.

Bild: Archiv

Im Hanfländerquartier von Rapperswil-Jona rumort es. Seit die Stadt Rapperswil-Jona im Sommer angekündigt hat, das Pflegezentrum Meienberg ab 2027 als Asylheim zu brauchen, organisiert sich Widerstand. Eine IG will mit einer Initiative dagegen vorgehen. Und den

Stadtrat beauftragen, eine Vorlage für die Schaffung von günstigem Wohnraum auszuarbeiten. Der für das Ressort Gesellschaft und damit die Unterbringung von Flüchtlingen zuständige Stadtrat Joe Kunz nimmt Stellung zur Situation und Kritik.

Joe Kunz, in Stadtratsbeschlüssen von diesem und letztem Jahr heisst es, dass nicht erst seit dem Ukrainekrieg «das Sozialamt mit einer sehr hohen Unterbringungsproblematik konfrontiert» sei, ein internes Papier trägt gar den Titel «Wohnungskrise in Rapperswil-Jona». Wie angespannt ist die Situation?

Die angespannte geopolitische Lage ist auch in Rapperswil-Jona spürbar. Die Stadt ist mit der Herausforderung konfrontiert, geeigneten Wohnraum für die uns zugewiesenen geflüchteten Personen zu finden. Dank grosser Bemühungen gelingt es dem Sozialamt, alle Asylsuchenden unterzubringen. Um genügend Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, mietet die Stadt auf dem freien Markt Wohnungen an und tritt so als Konkurrentin für Einheimische auf, die ebenfalls günstige Wohnungen suchen.

Von wie vielen Wohnungen reden wir?

Die Stadt mietet für die Unterbringung von Schutzsuchenden rund 70 Wohnungen. Die monatlichen Kosten dafür liegen bei über 100'000 Franken.

Im Juli hiess es, es befänden sich rund 600 Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich in Rapperswil-Jona, rund 300 müsse die Stadt unterbringen. Ist das immer noch aktuell?

Ja, die Situation hat sich nicht entschärft, und aus diesem Grund will der Stadtrat das Pflegezentrum Meienberg ab 2027 umnutzen und als Wohn- und Integrationszentrum betreiben. Die Liegenschaft ist perfekt

für diesen Zweck geeignet.

Das sehen Quartierbewohner offensichtlich anders. Was passiert, wenn eine Umnutzung durch Einsprachen blockiert wird?

Dann werden wir weiterhin günstigen Wohnraum auf dem privaten Markt mieten und höhere Mietkosten tragen müssen. Zusätzlich wird das Pflegezentrum Meienberg ab Ende 2026 leer stehen. Jeder Tag, an dem wir die Liegenschaft nicht nachnutzen können, verursacht unnötige und vermeidbare Kosten.

Die stadteigenen Unterkünfte für Flüchtlinge – Porthof, Hessenhof, Rietstrasse 88 und Lenggiserstrasse 1 – sind gemäss Stadtratsprotokollen «in einem desolaten Zustand und die Grundstücke flächenmässig untergenutzt». Hat es der Stadtrat verpasst, seine Liegenschaften in Schuss zu halten und rechtzeitig Kapazitäten zu erweitern?

Die städtischen Liegenschaften werden von der Liegenschaftsverwaltung unterhalten, im Portfolio geführt und momentan als Wohnraum für Asylsuchende genutzt. Die einzelnen Gebäude weisen partiellen Renovationsbedarf auf. Mit der Zwischennutzung des Pflegezentrums Meienberg werden die nötigen Kapazitäten erweitert, das Gebäude sinnvoll nachgenutzt und ein Leerstand vermieden.

Was sagen Sie Quartierbewohnenden, die befürchten, dass auch die Liegenschaft am Meienberg bei einer Umwandlung in ein Asylheim bald in «desolatem Zustand» ist – und negativ auf die Umgebung abfärbt?

Der Zustand einer Liegenschaft hat primär keinen Zusammenhang mit deren Nutzung. Eine ungenutzte Liegenschaft hat jedoch sicherlich das grössere Risiko einer Verwahrlosung. Fakt ist, die Stadt hat weder das Bedürfnis, Liegenschaften im Leerstand zu haben, noch Liegenschaften im desolaten Zustand zu führen.



«Gebäude sinnvoll nachnutzen»: Der Stadtrat von Rapperswil-Jona will das Pflegezentrum Meienberg ab 2027 als Wohn- und Integrationszentrum für Flüchtlinge nutzen.

Bild: Pascal Büsser

Die Stadt selber hat 2016 die Parzelle des Pflegezentrums Meienberg als möglichen Standort für günstigen Wohnraum eruiert. Warum hat der Stadtrat diese Option nicht vertieft geprüft, obwohl seit Langem klar ist, dass durch die Zentralisierung der Alterspflege im Schachen die Liegenschaft nicht mehr als Pflegezentrum gebraucht wird?

Die Immobilienstrategie der Stadt ist zurzeit in Erarbeitung. Im Zuge der laufenden Ortsplanungsrevision ergibt sich jetzt die Chance, genau zu überlegen, was mittel- bis langfristig mit dem Grundstück geschehen soll. Preisgünstiger Wohnraum kann eine Option sein. Vielleicht gibt es aber auch andere. Zudem hat die Liegenschaft von der Bausubstanz her das Lebensende noch nicht erreicht. Eine Zwischennutzung als Wohn- und Integrationszentrum ist ein sinnvoller Entscheid.

Für die neue Nutzung als Asylheim braucht es ein Baugesuch. Wie sicher ist der Stadtrat, dass dieses im Fall von Einsprachen durch höhere Instanzen gestützt würde?

Ich bin dafür nicht der Fachmann. Das müssen gegebenenfalls andere Instanzen entscheiden. Aktuell sind im Gebäude betagte Menschen untergebracht. Künftig werden es tendenziell jüngere Menschen mit anderer Nationalität sein. Die Nutzung Pflegezentrum versus Integrationszentrum ist für mich vergleichbar. Anders wäre es wohl, wenn wir das Schloss zu einer Wohnbaute umnutzen wollten.

Ursprünglich plante der alte Stadtrat, für die Unterbringung von Flüchtlingen Modulbauten auf dem Para-Parkplatz im Lido aufzustellen, ehe er Ende 2024 auf die Lösung Meienberg umschwenkte. Auch der bisherige Stadtrat hat die Variante Lido nochmals geprüft. Was spricht für den Meienberg?

Die Lösung mit dem Pflegezentrum Meienberg ist grundsätzlich rascher umsetzbar, pragmatisch und aus finanzpolitischer wie auch bedarfsorientierter Sicht sinnvoll

Der Stadtrat kommunizierte im Juli, dass die Errichtung von Modulbauten im Lido überschlagsmässig zwei Millionen kostet, die Umnutzung am Meienberg dagegen nur eine halbe Million. Die Anwohner kritisieren, dass diese Kosten nicht fundiert erhoben wurden, zudem die Betriebskosten unbekannt sind. Und dass der Stadtrat keine Berechnungen vorweisen kann, was er im Meienberg mit Wohnraum für die Allgemeinheit einnehmen könnte.

Die Liegenschaft Meienberg hat – wie gesagt – das Lebensende noch nicht erreicht. Sie jetzt abzureissen, um günstigen Wohnraum zu erstellen, den wir dann anderswo für geflüchtete Personen wieder mieten oder erstellen müssen, macht wenig Sinn. Die Zwischenlösung verschafft uns im jetzigen Moment etwas Luft. Sie ist ein Gewinn für alle – mit der Ausnahme der Anwohner, die das aus persönlichen Gründen keine tolle Idee finden. Ich kann das zu einem gewissen Grad verstehen. Der Stadtrat hält die Zwischennutzung am Meienberg aber auch sozial für eine verträgliche Lösung.

Anwohner befürchten, dass es Probleme geben wird – trotz anderslautender Beteuerungen am Infoanlass im Juli. Können Sie dem überhaupt etwas entgegenhalten?

Es ist unsere Verantwortung, für einen geregelten Betrieb zu sorgen. Das werden wir auch machen. Wir streben einen engen Dialog mit den Anwohnenden an und werden bei Konflikten oder Problemen rasch agieren.

Wäre es eine Option, nur Familien unterzubringen, um Befürchtungen von Anwohnern abzumildern?

Es ist geplant, dass Familien wie auch Einzelpersonen im Wohn- und Integrationszentrum untergebracht werden. Die Stadt ist für die Zuteilung der Asylsuchenden zuständig und hat die Möglichkeit, bei

ungünstigen Konstellationen Rochaden einzuleiten. Wir reden von insgesamt 50 Personen von total 600 aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich, die ohnehin in der Stadt untergebracht sind. Viele davon sind auf der Strasse nicht von der übrigen Bevölkerung unterscheidbar.

Sie sprechen von einer Nutzung der Liegenschaft Meienberg als Asylheim bis voraussichtlich 2035. Worauf stützt sich diese Jahreszahl?

Das Gebäude ist über 60 Jahre alt, aber noch in einem guten Zustand. Eine Nachnutzung ist also sinnvoll und gut realisierbar. Mittelfristig wird die Immobilienstrategie für die Liegenschaft und das Grundstück eine andere Nutzung vorsehen.

Das heisst, ein Ende 2035 ist nicht fix?

Zum jetzigen Zeitpunkt ist das genaue Ende offen.

Ist gesichert, dass 500'000 Franken für die Umfunktionierung zum Asylheim genügen?

Der genaue Betrag wird aktuell planerisch ermittelt. Wir sind überzeugt, dass die halbe Million genügt.

Und wenn die Bürgerversammlung im Dezember die 500'000 Franken aus dem Investitionsbudget streicht?

Wir sind überzeugt, dass die Zwischennutzung der richtige Weg ist und hoffen, die Bürgerinnen und Bürger sprechen den dafür nötigen Kredit. Bei Streichung werden wir es schwieriger haben, unserer humanitären Pflicht nachzukommen. Es wird uns nicht möglich sein, den Wohnungsmarkt zu entlasten, unsere Unterbringungskosten zu reduzieren, und das Pflegezentrum stünde dann wohl für ungewisse Zeit leer.

